



Mehr als drei Millionen Fahrzeuge werden pro Jahr auf der Bundesstraße 513 gezählt. Einige Anlieger haben bereits eine Wand zum Schutz vor dem Lärm gebaut.

Bild: Aundrup

Bundesstraße 513

Immer mehr Verkehr bringt immer mehr Lärm

Von unserem Redaktionsmitglied Judith Aundrup (DIE GLOCKE vom 06.02.2014)

Harsewinkel (gl). Mehr als drei Millionen Fahrzeuge rollen pro Jahr über die Bundesstraße 513 – darunter auch zahlreiche Lastwagen. Das hat eine Verkehrszählung aus dem Jahr 2010 ergeben. Manch ein Anlieger fühlt sich vom hohen Verkehrsaufkommen gestört. Daher hat die UWG den Antrag gestellt, ein Lärmschutzgutachten in Auftrag zu geben, um daraus Maßnahmen zum Schutz der Anlieger zu entwickeln. Am Dienstagabend beschäftigte sich der Umweltausschuss mit diesem Thema.

„Einige Anwohner haben sich direkt an uns gewandt. Und die wollen wir nicht im Regen stehen lassen“, sagte der Ausschussvorsitzende Helmut Linning (UWG). Er erhoffte sich durch ein solches Gutachten Zuschüsse für die Anlieger der stark frequentierten Straße für Lärmschutzmaßnahmen. Der städtische Umweltberater Guido Linnemann machte aber gleich deutlich, dass für den Baulastträger Straßen NRW keine rechtliche Verpflichtung besteht, tätig zu werden und Zuschüsse zu gewährleisten.

Linnemann wies auch darauf hin, dass es keine Lärmmessungen mehr gibt, sondern nur noch Lärmberechnungen. „Darin fließen der Straßenbelag, die Häuserdichte und andere Faktoren ein. Dadurch wird geklärt, ob eine Betroffenheit besteht. Wenn ja, dann landet der betroffene Bereich auf der Prioritätenlisten von Straßen NRW. Die Kosten für die Berechnung belaufen sich auf 9000 Euro.“ Der Umweltberater wies aber darauf hin, dass Harsewinkel auf der Prioritätenliste wohl weit unten landen würde: „Es gibt Kommunen, die stärker betroffen sind als Harsewinkel.“

Der Umweltberater warnte davor, „zu glauben, dass man durch eine Berechnung automatisch Zuschüsse erwarten kann.“ Er riet den Betroffenen, sich zusammenzuschließen, um sich gemeinsam mit einem Schreiben an Straßen NRW zu wenden. Dass die Stadt die Kosten für eine Berechnung übernimmt, sieht Guido Linnemann nicht: „Dann machen wir ein Fass auf und müssten das auch für andere stark belastete Straßen übernehmen.“ Kämmerer Martin Kleinheinrich sagte, dass es keinen Sinn mache, jetzt 9000 Euro für eine Berechnung auszugeben. „Wenn Harsewinkel auf der Prioritätenliste weit unten landet und die Maßnahme beispielsweise erst 2020 umgesetzt wird, muss wieder ein neues Gutachten her, weil sich das Verkehrsaufkommen ja ändert. Das wäre sicherlich herausgeworfenes Geld.“

Die Politiker waren sich nach Linnemanns Ausführungen einig, dass die Stadt kein Lärmschutzgutachten in Auftrag geben soll. „Wir wollen aber auch keinen Deckel darauf machen“, so Helmut Linning, der am Thema dran bleiben möchte. Ralf Dräger (SPD) schlug vor, einen Experten von Straßen NRW in eine der nächsten Sitzungen einzuladen, um abzuklären, was möglich ist und was nicht. Mit dem Vorschlag konnte die Mehrheit leben.